



Polen - Pressespiegel 3/2026 vom 15.1.2026

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- Zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch des Kommunismus haben wir in Polen solch eine pessimistische Lage
- Das werdet Ihr nicht mehr verhindern. Deshalb muss Nawrocki mit Adoption drohen
- Dr. Oczkoś: Auf der Rechten tobt ein Kampf der Bulldoggen. Den Teppich haben sie schon zerfetzt, jetzt reißen sie das Parkett heraus
- Die Weltergreifung
- Der Grund für die Spannungen hinter Nawrockis Kulissen ist ein enger Berater von Trump
- „Wenn er begraben wurde, wo dann?“ Das Außenministerium und die Familie eines Polen, der in einem russischen Gefängnis ums Leben kam, verlangen Aufklärung

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch des Kommunismus haben wir in Polen solch eine pessimistische Lage



Quelle: [Sławomir Kamiński](#) / [Agencja Wyborcza](#)

Von **Roman Imielski**

Es wird ganz sicher kein langweiliges Jahr werden. In vielen Ländern der Welt stehen wichtige Wahlen bevor, und Europa wird nicht nur die Ukraine unterstützen und Putin unter Druck setzen müssen, sondern sich auch gegen die Handlungen Trumps verteidigen müssen. Es ist schwer, in der heutigen Zeit optimistisch zu sein, doch eine Welt voller Pessimisten würde nichts erreichen. Deshalb ist dies an einigen Stellen ein positives Szenario, das sich nicht unbedingt bewahrheiten muss. Auch wenn ich mir sehr wünsche, dass es so kommt.

So schlecht war es gar nicht

Ich beginne mit der Aufzählung einiger positiver Entwicklungen des vergangenen Jahres. Dank der Wahl Donald Trumps und der aggressiven Politik der neuen amerikanischen Regierung gegenüber Europa, den Zollkriegen, der Unterstützung extremistischer Bewegungen und Gruppierungen, der direkten Einmischung in Wahlkämpfe, der Unsicherheit des Bündnisses innerhalb der NATO, der Drohung mit der Annexion Grönlands und schließlich der Nachgiebigkeit gegenüber den Handlungen Wladimir Putins in der Ukraine, haben die führenden Politiker der EU verstanden, dass unser Kontinent selbst für sich sorgen muss.

Heute geht es nicht mehr nur um die Wirtschaft, die – das ist offensichtlich – innovativer und wettbewerbsfähiger sein muss, denn das schlägt sich in den Geldbörsen und in der Zufriedenheit der Bürger nieder. Dabei sollte man jedoch betonen, dass Europa als Kontinent weiterhin der beste Ort der Welt zum Leben ist und keineswegs in einer Krise versinkt.

Beschleunigt hat sich hingegen der Aufbau europäischer Streitkräfte sowie die Erhöhung der Verteidigungsausgaben, damit Europa kein zahnsloses Tigerbaby in einer Situation ist, in der Putins Russland vom Wiederaufleben eines großen Imperiums träumt.

Nun ja, Russland. Wladimir Putin muss nach wie vor darüber erstaunt sein, dass Europa geschlossen hinter der Ukraine steht, die gegen die russische Aggression kämpft, und es den Strategen und dem Geld des Kremls nicht gelungen ist, uns zu spalten. Mehr noch, die Europäische Union reduziert systematisch ihre Abhängigkeit von russischen Rohstoffen.

Und so sollte es auch im Jahr 2026 bleiben, denn Europa hat gerade seine Entschlossenheit in der Unterstützung der Ukraine bestätigt. Gemeinsam gewährte es ihr ein Darlehen in Höhe von 90 Milliarden Euro, abgesichert durch künftige Reparationen seitens Russlands. Bedauerlich ist nur, dass es den EU-Führungskräften – vorerst – an Mut fehlte, die in der EU eingefrorenen russischen Vermögenswerte im Wert von über 200 Milliarden Euro schlicht und einfach zu konfiszieren. Doch das dürfte nur eine Frage der Zeit sein, denn diese Idee findet zunehmend politische Unterstützung.

Und dann die Ukraine selbst. Die Lage an der Front und die gesellschaftliche Stimmung sind keineswegs so schlecht, wie viele sie darzustellen versuchen. Seit der russischen Invasion im Februar 2022 reise ich regelmäßig mehrmals im Jahr dorthin, vor allem in die Frontgebiete und in Städte wie Charkiw oder Saporischschja, und bin immer wieder beeindruckt davon, wie der ukrainische Staat funktioniert, wie Institutionen wie die Eisenbahn oder der private Dienstleister Nowa Poschta arbeiten, wie Städte und Dörfer wieder zum Leben erwachen. Und wie gut die gesellschaftliche Stimmung nach wie vor ist, auch wenn – das ist offensichtlich – der große Wunsch besteht, dass endlich niemand mehr an der Front oder bei Bombenangriffen auf ukrainische Ortschaften stirbt.

Und auch Moldau hat bei den Parlamentswahlen seinen proeuropäischen Kurs verteidigt, in Rumänien gewann den Kampf um das Präsidentenamt ebenfalls ein proeuropäischer Kandidat, während ein euroskeptischer und antiukrainischer Politiker unterlag. So viel in aller Kürze zum Einstieg. Zeit, den Blick auf die Zukunft zu richten.

Putin und Trump miteinander vermischen

Beginnen wir mit unserem eigenen Land, und das ist ausnahmsweise eine pessimistische, realistische Einschätzung. Zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch des Kommunismus erleben wir eine Situation, in der der Präsident in zentralen Fragen der staatlichen Sicherheit so offen gegen den Ministerpräsidenten kämpft.

Karol Nawrocki hat Sławomir Cenckiewicz zum Leiter des Nationalen Sicherheitsbüros ernannt, einen Mann, der Donald Tusk für einen Verräter hält und der gegen Ende der PiS-Regierung der Kommission für russische Einflussnahmen vorstand, deren Ziel es war, den Vorsitzenden der Bürgerplattform aus dem politischen Leben zu eliminieren.

Es ist Nawrocki, der sich weigert, die Ernennungen vieler Botschafter zu unterzeichnen, der demonstrativ die Berufung mancher Richter blockiert und der seine internationalen Aktivitäten nicht mit der Regierung koordiniert. Schließlich – und das ist das Schlimmste – verhindert er Offiziersernennungen in der Agentur für Innere Sicherheit sowie im Militärischen Abschirmdienst.

In der Zusammenarbeit zwischen dem kleinen und dem großen Palast wird sich nichts zum Besseren wenden, im Gegenteil, sie dürfte sich weiter verschlechtern. Es wird ein Jahr sein, in dem Nawrocki der Regierung noch stärker schaden will, schließlich stehen 2027 die Parlamentswahlen an. Dabei unterstützt er, wenn auch unfreiwillig, Gruppierungen wie die Konföderation der Polnischen Krone von Grzegorz Braun, dessen Aktivitäten er bis heute nie kritisiert hat. Zugleich ist der Präsident ein überzeugter Trumpist

und stellt die Interessen der USA klar über die Interessen der EU, deren Teil Polen ist. Solche Menschen sind „nützliche Idioten“ einer amerikanischen Administration, die offen erklärt, das wichtigste europäische Projekt der Geschichte zerschlagen zu wollen. Sie verfolgt damit exakt dasselbe Ziel wie Putin.

Und hier kommen wir zu den bevorstehenden Wahlen, die Europa und die Welt erwarten. In vielen Ländern werden, wie schon bisher, die Russen versuchen, Einfluss zu nehmen. Aber auch Trump und seine Anhänger werden sich direkt einmischen, um „ihre“ Kandidaten zu unterstützen. So wie sie es mit Nawrocki gemacht haben, als die US-Ministerin für Heimatsicherheit, Kristi Noem, nach Rzeszów kam. Bei der konservativen Konferenz CPAC sagte sie ganz offen, dass Nawrocki „Präsident werden muss“ und ein Sieg von Rafał Trzaskowski eine Katastrophe wäre, ein Ziel, das sowohl der Angriff durch trumpistische Propaganda als auch die Kritik am früheren US-Präsidenten Joe Biden ständig verfolgt.

Genauso wird es im April in Ungarn sein, wo Viktor Orbáns Fidesz nach 16 Jahren an der Macht möglicherweise die Regierung verlieren könnte. Die TISZA-Partei von Péter Magyar liegt in einigen Umfragen mit einer Führung von 10–12 Prozentpunkten vorn. Orbán gilt als einer der Favoriten sowohl von Trump als auch von Putin. Als einziger EU-Staatschef trifft sich der ungarische Premier mit dem russischen Machthaber und hat sich beispielsweise nicht der EU-Position zum Entführungsfall des venezolanischen Diktators Nicolás Maduro durch die USA angeschlossen.

Ein Sieg über Orbán, hoffentlich wird er Wirklichkeit, wäre eine enorme Veränderung für die Innenpolitik der EU und ein großer Wandel für Ungarn, das sich in den letzten zehn Jahren in einem oligarchischen, korrupten System verfangen hat. Und die Ungarn selbst werden in rasantem Tempo ärmer.

Übrigens wird es in der EU noch weitere Wahlen geben. Und bei jeder von ihnen werden die Amerikaner versuchen, einzugreifen, indem sie auf antieuropäische und antiliberale Kräfte setzen. Im März finden Wahlen in Slowenien statt, im Mai auf Zypern, im September in Schweden, im Oktober in Dänemark. Auch in Bulgarien wird es wieder Wahlen geben, da dort im Dezember erneut die Regierung gefallen ist. Es besteht die Chance, dass trotz russischer Desinformation, der Unterstützung von digitalen Plattformen, die unter anderem von Elon Musk kontrolliert werden, und der direkten Einmischung der Trump-Administration überall die proeuropäischen, antiputinistischen liberalen Demokraten gewinnen. Schließlich schreitet die europäische Integration auch trotz großer Probleme voran. Bulgarien ist seit dem 1. Januar neues Mitglied der Eurozone.

Amerika wählt auch

Und schließlich gibt es auch Wahlen weltweit. Im Mai werden die Kolumbianer ihren Präsidenten wählen, und der amtierende Gustavo Petro kann nicht mehr kandidieren. Trump und seine Leute drohen Petro seit Langem, und nach der Entführung Maduros sind das keine leeren Worte. Kolumbien ist weiterhin ein Ort, an dem massenhaft Drogen produziert werden, die auf den US-Markt und nach Europa gelangen, und der Staat kommt damit nicht klar. Im Oktober wird in Brasilien Präsident Lula da Silva um die Verlängerung seiner Macht kämpfen, ein Mann, den Trump aufrichtig hasst, während er Putin mag. Zudem wird einer von Lulas Gegenkandidaten Flavio Bolsonaro sein, der Sohn des inhaftierten früheren Präsidenten Jair Bolsonaro, der wegen eines versuchten Staatsstreichs verurteilt wurde. Das Weiße Haus betrachtet das Urteil gegen Bolsonaro als politische Verfolgung.

Spätestens im Oktober müssen auch in Israel Wahlen stattfinden, und Benjamin Netanjahu könnte danach die Macht verlieren. Dabei ist er der wichtigste internationale Verbündete Trumps, und kämpft nicht nur um seine politische Zukunft. Über ihm schwebt das Damoklesschwert einer Verurteilung in einem seit fünf Jahren laufenden Korruptionsprozess, in dem ihm Bestechung, Betrug und Vertrauensmissbrauch vorgeworfen werden. Netanjahu fürchtet dies wie das Feuer. Im November stellte er beim Präsidenten Jitzchak Herzog einen Antrag auf Begnadigung. Eine Entscheidung steht noch aus, und in Israel sind Begnadigungen vor einem Urteil äußerst selten. Der Verlust der Regierungsgewalt durch die derzeitige Koalition würde bedeuten, dass auch die Führungsfiguren der extrem rechten Gruppierungen ihre Macht verlieren, etwa Finanzminister Bezalel Smotrich.

Eine sehr wichtige Abstimmung findet im November in den Vereinigten Staaten selbst statt, die sogenannten Zwischenwahlen. Die Amerikaner werden das gesamte Repräsentantenhaus sowie 35 der 100 Senatoren wählen. Die Stimmung unter den Republikanern ist derzeit schlecht, denn entgegen Trumps großspuriger Rhetorik entwickelt sich die Wirtschaft keineswegs gut, die Arbeitsmarktdaten sind schwach, und die Verhängung von Zöllen gegen die Welt hat nicht die erwarteten Gewinne gebracht, dafür aber zu steigenden Preisen in den USA geführt. Es könnte sich also herausstellen, dass es im Kongress zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse kommt: Die Demokraten übernehmen das Repräsentantenhaus und verringern die republikanische Mehrheit im Senat. Und was Trump betrifft: Er fällt derzeit in den Umfragen, und das ist ein Abwärtstrend seit April 2025. Diese Probleme könnten den Widerstand gegen seine Politik auch innerhalb der Republikanischen Partei wachsen lassen und damit zu einer stärkeren Rationalisierung der Politik des Weißen Hauses führen.

Möglicherweise wird dies auch Auswirkungen auf eine Verschärfung des Kurses des Trump-Lagers gegenüber Putin haben. Und vielleicht werden die Amerikaner statt des Anbiederns an den Kriegsherrn aus dem Kreml die Schrauben maximal anziehen. So, dass die russische Wirtschaft, die ohnehin bereits massive Probleme hat, noch tiefer absackt und den Kreml zu echten und rationalen Gesprächen über ein Ende des Blutvergießens in der Ukraine zwingt. Ich habe Soldaten der Spezialeinheit Kraken, die an den schwierigsten Abschnitten der Front waren und sind, gefragt, wie sie sich ein Ende der Kämpfe vorstellen. Sie antworteten, dass sie nicht naiv seien und nicht an einen Rückzug der Russen aus den besetzten Gebieten glaubten. Deshalb müsse die Frontlinie eingefroren werden, Kiew verzichte juristisch auf kein einziges Territorium, und die Zukunft der besetzten Gebiete sei eine Aufgabe für die Diplomatie. Und hier fügten sie drei wichtige Punkte hinzu. In der Ukraine, in der Frontnahzone, wird umgehend ein internationales Militärkontingent unter Beteiligung von NATO-Staaten stationiert; die Sanktionen gegen Russland werden nicht automatisch aufgehoben; und Kiew erhält enorme Mittel für den Wiederaufbau.

Das könnte geschehen, wenn die USA, Europa und andere Länder, die die Ukraine unterstützen, wie etwa Kanada, endlich gemeinsam handeln. Erste positive Signale gibt es bereits. Frankreich und Großbritannien haben angekündigt, nach einem Waffenstillstand ihre Soldaten in die Ukraine zu entsenden, und mehrere andere Staaten, darunter Polen, würden zum Beispiel logistische Unterstützung leisten. Putin könnte damit in die Enge getrieben werden, denn eine enorme Bedrohung für ihn ist die wachsende finanzielle Abhängigkeit von China, das die Schwäche Russlands zugleich nutzt, um seinen Einfluss in Zentralasien auszuweiten. Und trotz allem muss er mit sozialen Unruhen rechnen, sollte es zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch kommen. Denn obwohl er mit harter Hand regiert, hat er sich bis heute nicht zu einer umfassenden Mobilisierung von Menschen aus wichtigen urbanen Zentren wie Moskau, Sankt Petersburg, Kasan oder sogar Jekaterinburg entschlossen. Einer der Gründe dafür ist der sinkende Lebensstandard der Russen.

Und auch Putin hat Parlamentswahlen, wahrscheinlich im September. Es ist offensichtlich, dass es keine Überraschung geben und Putins Partei „Einiges Russland“ sie gewinnen wird, doch selbst in einer Diktatur kann ein Wahlkampf dazu führen, dass die Menschen beginnen, leise, aber breit über ihre Probleme zu flüstern, die durch die Aggression gegen die Ukraine verursacht wurden.

Zum Schluss wünsche ich uns liberalen Demokratinnen und Demokraten auf der ganzen Welt, sowie der Ukraine alles Gute. Allen Antidemokraten mit autoritären, repressiven Neigungen hingegen, Putin und all seinen Verbündeten, auch jenen in Polen, wünsche ich alles Schlechte. Ich erinnere jedoch daran, dass die Demokratie in der Stille stirbt und sich nicht von selbst verteidigt. Man muss sich also mobilisieren und für sie kämpfen.

Zsfg.: AV



www.mleczko.pl

*Jetzt komm mir nicht mit Ausreden,
wir haben den Kamin gebaut, um abends davor zu sitzen!*

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Das werdet Ihr nicht mehr verhindern. Deshalb muss Nawrocki mit Adoption drohen



Quelle: [Sławomir Kamiński / Agencja Wyborcza](#)

Von Angelika Pitoń

Verzweiflung. So deute ich die Bestrebungen des rechten Flügels, der in einem ungeschliffenen Gesetzentwurf zum Status der nächststehenden Person einen Schritt hin zur Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare sieht. Der Gesetzentwurf schützt nicht einmal bestehende Regenbogenfamilien. Doch Nawrocki gehen die Gründe für ein Veto aus.

Die Medien haben bereits ein Veto des Präsidenten gegen das Quasi-Gesetz zur Regulierung informeller Beziehungen in Polen vorhergesagt. Dies noch bevor das Gesetz im Parlament und Senat zur Abstimmung stand. Und das nicht ohne Grund – Nawrocki hatte bereits mehrfach sein Veto angekündigt, noch bevor ihm das Gesetz vorgelegt wurde.

Die Argumentation? Bizarr, aber von den Rechten offenbar gut durchdacht.

Kaum einen Tag nachdem die Regierung den Gesetzentwurf zum Status der nächststehenden Person verabschiedet und Ministerin Katarzyna Kotula verkündet hatte, dass sie über eine parlamentarische Mehrheit verfüge (d. h. über Unterstützung der Polnischen Volkspartei [PSL]), donnerte der PiS-

Abgeordnete Paweł Jabłoński im Radio Zet, dies sei in Wirklichkeit der erste Schritt, um „homosexuellen Paaren die Adoption von Kindern zu ermöglichen“.

Die Rechte hat diese Erzählung in der vergangenen Woche immer wieder wiederholt – beispielsweise am 7. Januar 2026. Paweł Szefernaker, ehemaliger PiS-Abgeordneter und derzeitiger Leiter des Kabinetts des Präsidenten der Republik Polen, sagte im Fernsehsender Republika: „Wenn es sich um quasi-maritale Partnerschaften, quasi-Ehen handelt, die letztlich zur Adoption von Kindern durch homosexuelle Menschen führen, wird es dazu keine Zustimmung geben.“

Der Gesetzentwurf erwähnt Adoption jedoch nicht. Er enthält nicht einmal die sogenannte Regelung zur „kleinen Pflegefamilienbetreuung“, die das Leben für Regenbogenfamilien erleichtern würde – ein Vorhaben, das von Gleichstellungsorganisationen scharf kritisiert wurde. Auch die Verknüpfung einer Lebenspartnerschaft mit der Ehe wird nicht thematisiert, da der Gesetzentwurf die Ehe gegenüberstellt und die Unterschiede zwischen beiden hervorhebt.

Ich bin überzeugt, dass die Rechte das schon lange weiß. Sie muss aber irgendwie den Boden für ein Veto des Präsidenten bereiten. Und Karol Nawrocki hat nicht viele Trümpfe in der Hand.

Polen bereit für Partnerschaften

Die Polen sind nicht gegen eingetragene Partnerschaften. Eine Ipsos-Umfrage vom Juni 2025 zeigte deutlich, dass die Mehrheit der Bevölkerung (62 Prozent) überzeugt ist, dass gleichgeschlechtliche Paare heiraten oder ihre Beziehung anderweitig legalisieren können sollten.

Selbst in der als Hochburg der extremen Rechten geltenden Region Podkarpacie besteht die Bereitschaft, diese Ehen anzuerkennen. Jakub Gawron, LGBT-Aktivist und einer der Initiatoren des für den Sacharow-Preis nominierten Projekts „Atlas des Hasses“, fragte bei den Standesämtern der Region nach, ob sie das Urteil des EuGH respektieren würden, das Polen zur Anerkennung ausländischer Heiratsurkunden gleichgeschlechtlicher Paare verpflichtet. Nur 10 von 146 Standesämtern lehnten das Urteil entschieden ab und rebellieren, wie Gawron sagt, offen dagegen.

Ich glaube, dass in Polen ein noch größeres, mutigeres Regierungsprojekt, das LGBT-Paaren zumindest den Status einer eingetragenen Lebenspartnerschaft gewähren würde, wie es im Ausland der Fall ist, gesellschaftliche Akzeptanz finden würde.

Donald Tusk hatte gleichgeschlechtlichen Paaren vor den Parlamentswahlen ein entsprechendes Gesetz versprochen. Die Koalition zog am 15. Oktober mit diesem Vorschlag in Sejm und Senat ein, doch nach Protesten der Polnischen Volkspartei (PSL) wurde die Regelung von Beziehungen zwischen LGBT+-Paaren nicht in den Koalitionsvertrag aufgenommen.

Ende Dezember 2023 verkündete Tusk öffentlich: „Wir werden diesen Winter mit dem Gesetzentwurf über eingetragene Lebenspartnerschaften fortfahren. (...) Wir sprechen von Wochen, nicht von Monaten.“

Die Politiker hinken der Gesellschaft hinterher

Wir alle verfolgten die weiteren Entwicklungen: Ministerin Katarzyna Kotula und ihr Kabinett erarbeiteten einen umfassenden Gesetzentwurf zu eingetragenen Lebenspartnerschaften, der schließlich dem Parlament vorgelegt wurde. Die Polnische Volkspartei (PSL) stellte sich dagegen, lehnte den Entwurf ab und zwang die Linke damit faktisch zu einer Überarbeitung, während die Bürgerkoalition vollkommen untätig blieb. Unterdessen schaffte Donald Tusk das Ministerium für Gleichstellung ab, Kotula verlor ihr Kabinett und wurde Staatssekretärin im Büro des Ministerpräsidenten.

Premierminister Tusk trifft sich diese Woche mit Präsident Nawrocki. Sie werden jedoch nicht über den Gesetzentwurf sprechen, da der Premierminister meint, dass ihm die Befugnis dazu fehlt. Auf die Frage nach dem groben Gesetz über den Status der nächststehenden Person war der Premierminister nicht einmal in der Lage, die Begriffe gleichgeschlechtliche Paare oder LGBT auszusprechen.

Es ist schwer, einen deutlicheren Ausdruck dafür zu finden, wie wichtig Premierminister Tusk Gleichstellungsfragen sind. Die Haltung der PSL (Polnische Volkspartei), die Magdalena Chrzczonowicz in

OKO.press treffend zusammenfasst, lasse ich hier einmal außer Acht: „Die PSL benimmt sich wie ein unreifer Schläger, unsicher in seiner Position (und seinem Ego) und zutiefst frustriert, der Steine nach einem bereits besiegten Feind wirft. Oder erfindet neue Foltermethoden, obwohl sein Gegner schon am Boden liegt.“

Lächerliches Minimum

Die symbolische Ebene ist hier von großer Bedeutung – denn darum geht es in dem gesamten Streit, sowohl innerhalb der Koalition des 15. Oktober als auch im rechtsextremen Spektrum.

Als Kotula und ihre Kollegen den Gesetzentwurf überarbeiteten, mussten sie ihn im Wesentlichen entkernen. Bestimmungen zur Regelung der sogenannten Kleinpflegefamilien wurden gestrichen, und die Regelungen zum Leben von Regenbogenfamilien wurden auf ein Minimum reduziert.

Um der Polnischen Volkspartei, dem rechten Flügel und Karol Nawrocki zu beweisen, dass das Projekt den Status der „geschützten Institution der Ehe“ nicht untergräbt, basierte das Gesetz auf der Gegenüberstellung mit der Ehe.

- Gütergemeinschaft? Nicht standardmäßig wie bei der Ehe, sondern auf ausdrücklichen Wunsch beider Parteien.
- Ein gemeinsamer Nachname, da wir einen gemeinsamen Haushalt bilden? Keine Zustimmung.
- Entscheidung über Bestattung? Die Person, die dem Verstorbenen am nächsten steht, gilt nur formell, in der Praxis entscheidet jedoch bei einem Konflikt zwischen dem Partner und der Familie des Verstorbenen immer noch die Familie des Verstorbenen über die Form der Bestattung. Oder die engste Person, nur wenn sie den Fall vor Gericht gewinnt.

Und die Liste könnte fortgesetzt werden. Kotula spricht von einem Gesetz zur Wahrung der Würde. In Wirklichkeit raubt es Paaren genau diese Würde. Sogar den Ort, an dem das entsprechende Dokument unterzeichnet werden kann.

- Das Gesetz erlaubt nämlich nicht, dass das Dokument im Standesamt unterzeichnet wird (das den neuen Status ohnehin registrieren muss). Der Vertrag muss bei einem Notar geschlossen werden.

Damit kein Politiker mit Schnurrbart die heilige Institution der Ehe mit einer gewöhnlichen „nächststehenden Person“ in Verbindung bringt, die, wie der Präsident sie definierte, etwa ein junger Mensch sein könnte, der einem Veteranen hilft. Nicht unbedingt ein Paar, das seit 10, 20 oder 40 Jahren inoffiziell zusammenlebt.

Es gibt zwar öffentliche Zustimmung zur staatlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Beziehungen – doch lange fehlte der politische Wille. Als die Koalition am 15. Oktober eine Einigung erzielte und ein Kompromiss, genauer gesagt ein Entwurf namens „Gesetz über den Status von nahestehenden Personen“, von der Regierung verabschiedet wurde und der Gesetzentwurf nun dem Sejm vorgelegt werden soll, mussten der rechte Flügel und der Präsident ihre Linie ändern.

Schließlich hatte Karol Nawrocki selbst im Wahlkampf angekündigt, ein Gesetz zu unterzeichnen, das den Status von Angehörigen regeln und ihnen im Alltag – etwa beim Zugang zu Informationen in Behörden oder zu Krankenakten – helfen sollte. Der Gesetzentwurf der Regierung bietet darüber hinaus praktisch nichts. Man hat sich also für die Adoption entschieden. Warum? Weil es in dieser Hinsicht die geringste Unterstützung vonseiten der Polen gibt.

Die oben erwähnte Ipsos-Umfrage vom Juni 2025 zeigte, dass bis zu 55 Prozent der Bevölkerung es ablehnen. Und dieser Widerstand wächst. Daher werden die PiS und die Rechte gezielt Desinformation verbreiten und öffentlich behaupten, das Gesetz sei der erste Schritt zu seiner Verabschiedung. Obwohl dies in Polen (leider!) noch in weiter Ferne liegt.

Die unglückliche Gemeinschaft

Nawrockis Umfeld versucht, Kotulas Team unter Druck zu setzen, die Möglichkeit der gemeinsamen Steuererklärung aus dem Gesetz zu streichen. Die Polnische Volkspartei (PSL) hatte dies zuvor ebenfalls (erfolglos) gefordert, zunächst mit der Behauptung, Bürger würden gefälschte notarielle Verträge unterzeichnen, um ihre Steuern zu senken, und dann mit dem Vorschlag, die Steuererleichterung erst ein Jahr nach Vertragsunterzeichnung in Kraft zu setzen.

Diese Ideen fanden in der Regierung keine Unterstützung. Und heute greift die Rechte sie erneut auf und argumentiert, die optionale gemeinsame Steuererklärung erinnere zu sehr an die Ehe. Ich bin mir im Klaren darüber, dass es sich hierbei nicht nur um einen weiteren symbolischen Kampf und politisches Getue handelt.

In der Praxis ist dies ein Randaspekt: Wie die Verfasser des Gesetzesentwurfs berechnet haben, werden die Kosten der geringeren Steuerbelastung durch die gemeinsame Veranlagung voraussichtlich 1,3 Milliarden PLN **über ein Jahrzehnt** betragen. Oder sogar weniger, da nicht jedes Paar die Möglichkeit der gemeinsamen Veranlagung nutzen möchte und sie nicht für jedes Paar vorteilhaft ist. Zum Vergleich: Fiktive business-to-business-Verträge generieren **jährlich** Steuerausfälle in Höhe von 2 Milliarden PLN. Aber es geht nicht ums Geld, sondern um „Werte“. Die Rechte ist in die Enge getrieben – denn aus diesem Flickwerkprojekt lässt sich nichts mehr machen, und doch findet sich immer noch etwas, woran man etwas auszusetzen hat. Das Projekt nach jahrelangen Auseinandersetzungen wortlos hinzunehmen? Das übersteigt das Verständnis der Rechten.

Karol Nawrocki, der Retter Polens?

Der von der Regierung verabschiedete Gesetzentwurf soll voraussichtlich im Januar dem Sejm vorgelegt werden. Ich bin überzeugt, dass dies eine schwierige, von Homophobie geprägte Diskussion werden wird.

Ich setze allerdings auf die PiS und die Konfederacja, denn die Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungskoalition auszutragen, wäre ein PR-Desaster. Es würde nur das Bild einer gespaltenen Regierung verstärken, die zwar streitet und redet, aber nicht handelt. Und der Premierminister hat die 7,8 Millionen Złoty für die Plakatkampagne „Wir handeln, wir reden nicht“ ausgegeben, um das Gegenteil zu beweisen.

Es gibt zwei Lösungen. Entweder gelingt es Marta Nawrocka, die mit Katarzyna Kotula sprechen will, ihren Ehemann, den Präsidenten, davon zu überzeugen, das Gesetz nicht mit einem Veto zu belegen (was ein surreales Szenario zu sein scheint). Oder – wie die Präsidialkanzlei vorsichtig andeutet – legt Karol Nawrocki sein Veto gegen das Gesetz ein (was er im Grunde bereits öffentlich und im Geheimen tut) und bereitet einen eigenen Vorschlag vor. Sowohl Paweł Szefernaker im Fernsehsender Republika als auch Adam Andruszkiewicz, stellvertretender Leiter der Präsidialkanzlei, haben diese Möglichkeit im Polnischen Rundfunk erörtert. Die Frage ist, wie weit der Präsident gehen wird, um Menschen zu demütigen, und welchen Nutzen er davon hat. Es ist unwahrscheinlich, dass er aus einem weiteren Veto politisches Kapital schlagen wird. Eingetragene Lebenspartnerschaften empören die Wähler der PiS nicht, und Umfragen zeigen auch, dass die Wähler der Konfederacja, um deren Gunst Nawrocki offenbar wirbt, solche Lösungen mit über 50 Prozent befürworten. Oder ist das nur eine Machtdemonstration? Ich lege mein Veto ein, weil... ich es kann?

Nawrocki steht vor der Wahl: Entweder er unterzeichnet ein dürftiges Gesetz zum Schutz der nächststehenden Person (insbesondere angesichts der bevorstehenden Umsetzung des EuGH-Urteils in Polen, mit der sich Regierung und Präsident bald auseinandersetzen müssen) und beendet damit die immer wiederkehrende Debatte über eingetragene Lebenspartnerschaften, oder er bleibt Europa weiterhin hinterher, verliert einen Fall nach dem anderen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und trägt den Streit innerhalb der EU aus. Ein aussichtsloses Unterfangen.

Zsfg.: JP

Dr. Oczkoś: Auf der Rechten tobt ein Kampf der Bulldoggen. Den Teppich haben sie schon zerfetzt, jetzt reißen sie das Parkett heraus



Quelle: [agencja Wyborcza](#)

Interview mit Dr. Mirosław Oczkoś, Spezialist für politisches Image und politisches Marketing, Institut für Wertemanagement der SGH in Warschau

Agnieszka Kublik: Wird die Partei Polska 2050 von Szymon Hołownia das Jahr 2026 überstehen?

Dr. Mirosław Oczkoś: Sie übersteht es. Wahrscheinlich. Es gibt mehrere Variablen, denn nach dem Rückzug Michał Koboskis aus dem Rennen um den Parteivorsitz scheint sich die Chancenlage für Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz verbessert zu haben. Sollte sie verlieren, wird Premierminister Donald Tusk eine hamletische Entscheidung treffen müssen. Denn das ist hier die Frage: Soll er sie zur Vizepremierministerin ernennen oder nicht? Das ist wichtig für die Regierung und für die Zukunft der Koalition vom 15. Oktober. Natürlich sagt man in der Politik nie „nie“ und nie „immer“, also wenn nicht jetzt, dann vielleicht später? Wenn sie gewinnt, sollte Tusk sie befördern, auch wenn das der Regierung vermutlich nicht guttun wird. Aber vielleicht der Koalition vom 15. Oktober? Bislang ist niemand aus Hołownias Partei zu einer anderen Gruppierung übergetreten, also schafft es die Partei vielleicht, bis Ende des Jahres zu überleben.

Nicht bis zu den Wahlen 2027?

Eher nicht. Allein wird sie den Einzug in den Sejm nicht schaffen, wenn dann auf den Wahllisten anderer.

Selbst dort, wo Eitelkeit zur erwünschten Alltäglichkeit gehört, also in der Politik, scheitern Parteien, die im Namen den Nachnamen ihres Chefs tragen. So gab es die „Selbstverteidigung von Andrzej Lepper“, die „Palikot-Bewegung“, Solidarna Polska von Zbigniew Ziobro, Kukiz'15.

Ich frage mich, was diese Leute im Kopf haben, dass sie davon ausgehen, ihr Nachname im Parteinamen werde der Partei Flügel verleihen. Geht es darum, dass das Monster der Selbstzufriedenheit gefüttert werden muss? Wenn der Anführer zurechtkommt, hält sich auch so eine Partei. Aber Hołownia hat es nicht geschafft, er ist nie Politiker geworden und wurde von Politikern ausgespielt. Er ließ sich in ein Spiel hineinziehen, dessen Regeln er nicht verstand. Und was noch schlimmer ist, er wusste nicht einmal, dass er sie nicht versteht. Und jetzt hat er alles verloren, einschließlich des Namens in der Partei. Denn „Polen 2050 von Szymon Hołownia“ wird es wohl nicht mehr geben, oder?

Bis 2050 wird sie es nicht schaffen, vielleicht müsste man sogar das Datum ändern?

Ja, aber welches Datum wäre das richtige? 2026, 2027 oder 2049? Der neue Vorsitzende wird darüber entscheiden. Nebenbei wollte ich anmerken, dass es paradoxerweise die mitgliederärmste Partei ist, die zugleich die meisten Kandidaten für eine neue Führung hat.

2026 wird ein außergewöhnliches Jahr sein, weil es keine Wahlen gibt. Aber vermutlich wird es zu scharfen, vorwahlähnlichen Machtkämpfen kommen, sowohl auf der Rechten als auch auf der Linken. Auf der rechten Seite gibt es viele Spieler: Jarosław Kaczyński, Sławomir Mentzen, Grzegorz Braun und Karol Nawrocki.

Nichts deutet darauf hin, dass es vorgezogene Parlamentswahlen geben wird. Momentan lohnen sie sich für niemanden. In diesem Jahr haben die Politiker Zeit, um, wie Aristoteles sagte, ihren Mut zu sammeln. Es ist die Zeit, in der sich zeigen wird, wer auf der Rechten überlebt. Dort findet jetzt ein klassischer Kampf der Bulldoggen statt, aber nicht mehr unter dem Teppich, der ist längst zerfetzt. Jetzt reißen sie schon das Parkett heraus.

In der PiS erkennt man, dass dies der Niedergang Jarosław Kaczyńskis als eigentlicher Strippenzieher ist. Und es könnte sich herausstellen, dass nicht Kaczyński sich seine Koalitionspartner aussucht, sondern dass er selbst ausgesucht wird. Das wäre eine politische Revolution in Polen.

Und vergessen wir nicht, dass Präsident Karol Nawrocki gerade erst in Fahrt kommt, ebenso wie seine Leute. Neulich habe ich die These gehört, er entferne sich vom Erbe Lech Kaczyńskis, weil es im Präsidentenpalast keine Chanukka-Kerzen gab, weil er Distanz zur Ukraine zeige. Das ist falsch. Nawrocki ist diesem Erbe nicht einmal nahegekommen. Und er hat sich schon vor Langem der Kontrolle Kaczyńskis entzogen.

Kaczyński selbst hat im Grunde keine reale Macht mehr, um noch irgendetwas durchzusetzen. Deshalb glaube ich, dass er jeden Preis zahlen wird, um Tusk und seine Bürgerkoalition von der Macht zu verdrängen. Selbst wenn dieser Preis Mentzen als Ministerpräsident wäre. Kaczyński verfügt schlicht nicht mehr über politische Durchsetzungskraft.

Wer wird sich Kaczyński aussuchen? Mentzen, Braun oder Nawrocki? Oder tun sie es gemeinsam?

Nawrocki könnte eine Partei aufbauen...

...eine Präsidentenpartei?

Es gab einmal einen Block der Parteilosen zur Unterstützung von Reformen. Jetzt könnte ein Parteien-Block zur Zerschlagung der Regierung Donald Tusks entstehen. Im Präsidentenpalast gibt es neben Nawrocki viele Leute, die regieren wollen, die mit den Füßen scharren, um mehr Macht zu bekommen: Bogucki, Szefernaker, Cenckiewicz, Przydacz. In diesem Palasttopf brodelt es so stark, dass der Deckel hochspringt.

Nawrocki steht Braun näher als Mentzen. Aber er wird sie nutzen, um etwas um sich herum aufzubauen; als Vorwand könnten gesetzgeberische Initiativen dienen. Nawrocki sieht sich wohl in der Rolle des Paten der Rechten.

Für Kaczyński ist Tusk gefährlicher als diese aufgeblasene, nationalistische, faschistoide Rechte unter Nawrocki?

Was auch immer geschieht, es wird der letzte Kampf sein, sowohl für Tusk als auch für Kaczyński. Kaczyński muss abwägen, ob er derjenige sein wird, der von Tusk besiegt wird, oder derjenige, der von den Nationalisten geschlagen wird, was das Ende der PiS bedeuten würde. Dennoch wäre der krönende Abschluss seiner Karriere die politische Zerschlagung Donald Tusks. Ende, Punkt.

Aber er wollte doch ein emeritierter Retter der Nation sein.

Das weiß er bereits, dass er das nicht wird.

Und wenn er die Machtübernahme durch die Nationalisten blockieren würde?

Aber, wie ich vermute, träumt er stärker davon, Tusk zu zerstören.

Auch bei der Linken gibt es Zerwürfnisse, es tobt ein scharfer Machtkampf zwischen Włodzimierz Czarzasty und Adrian Zandberg.

Czarzasty wurde Chef der Neuen Linken und ist Marschall des Sejms, also die zweithöchste Person im Staat. Angesichts dessen, was er tut, wie er es tut und wen er sich zur Zusammenarbeit aussucht, gehe ich davon aus, dass er Zandberg und die Partei Razem minimieren, marginalisieren oder vielleicht sogar ausschalten will. Czarzasty hat Stärke gespürt. Er hat persönliche Motive, Zbigniew Ziobro und Mariusz Kamiński (ihre Dienste haben seine Familie zu Hause überfallen), um die PiS zur Rechenschaft zu ziehen und dabei den Premier zu unterstützen. Czarzasty will die Linke dominieren und hat fähige Leute an seiner Seite. Marek Siwiec, heute Leiter der Kanzlei des Sejms, war ein höllisch effektiver Politiker an der Seite von Aleksander Kwaśniewski.

Czarzasty hat die Chance, etwa 10–12 % Zustimmung zu erreichen. In Polen gibt es, entgegen dem Anschein und der Propaganda der Rechten, tatsächlich Raum für die Linke. Die Polen werden, wie Umfragen zeigen, in ihren Ansichten zunehmend linksorientiert.

Wie wir wissen, ist Politik die Kunst des Möglichen. Jeder Politiker kann aus seinem Rucksack entweder die Maske eines anderen Politikers, eine Gasmaske oder eine Halloween-Maske ziehen. Oder er kommt ohne Maske aus und zeigt sich so, wie er wirklich ist.

Zsfg.: AV

https://wyborcza.pl/7,75398,32509868,dr-oczko-na-prawicy-trwa-walka-buldogow-dywan-juz-rozszarpaly.html?utm_source=facebook.com&utm_medium=SM&utm_campaign=FB_Gazeta_Wyborcza

Die Weltergreifung



Quelle: SAUL LOEB / AFP | CHIP SOMODEVILLA / GETTY IMAGES NORTH AMERICA | Patrick Brown / Panos Pictures Agencja FORUM

Von **Jarosław Kuisz**

Die spektakuläre Festnahme des Präsidenten Maduro hat Europa unterminiert. Verurteilen, schweigen oder befürworten? Noch haben nicht alle Führungspersonlichkeiten eine Antwort gegeben, und schon ist Trump zu der Idee zurückgekehrt, sich Grönland anzueignen. Die Linien der Einflusszonen sind in Bewegung.

Im französischen öffentlich-rechtlichen Fernsehen wurde über die amerikanische Aggression gegenüber Venezuela gesprochen. Man zerbrach sich den Kopf darüber, ob die Festnahme von Herrn Maduro legal oder illegal sei. Man rang die Hände über den neuen Imperialismus der USA. Schließlich klagte man über Einflusszonen, die immer unverhohlener von den größten Staaten auf dem Globus gezogen werden. Den USA sollten demnach beide Amerikas gehören, einschließlich Grönlands und eines Teils des Pazifikraums. Schließlich ein verwasallisiertes Europa. In einem Moment schien einer der Pariser Publizisten aufzuwachen und reagierte: „Europa wird geteilt werden.“ Der andere fügte, ohne mit der Wimper zu zucken, hinzu: „Natürlich!“ und hier endete der Handlungsstrang.

„So sieht also eure Solidarität aus“, dachte ich in dieser von Schnee bedeckten Hälfte Europas, die man schon gedanklich zum Fraß vorgeworfen hatte. Theoretisch hatten wir kürzlich mit Frankreich in Nancy einen Vertrag unterzeichnet, der unsere Sicherheit irgendwie stärken soll. Papier ist geduldig, besonders wenn dahinter Rüstungsverträge hervorscheinen. In der Praxis muss man wohl Paris nicht kennen, um zu

glauben, dass dort jemand eine riskante Entscheidung treffen würde, um uns zu retten. Die süße „joie de vivre“, die Lebensfreude im Café, hatte schon immer ihre dunkle Seite. Heute ist es nicht anders.

Caracas – Warschau

Natürlich ist die Frage berechtigt, was die Entführung von Präsident Maduro durch die Amerikaner für Europa und Polen bedeutet. In Polen dominiert eine Art Hinterhof-Heuchelei. Diejenigen, die am lautesten über den Schutz unserer Unabhängigkeit schreien, schleimen sich gleichzeitig bei Donald Trump ein. Einer der rechten Publizisten, um Aufmerksamkeit zu erregen oder aus Dummheit (was im Endeffekt dasselbe ist), ermutigte die Amerikaner, Donald Tusk wie Herrn Maduro zu entfernen. Der arme Tropf wusste nicht, dass Polen nicht die größten Ölvorkommen der Welt hat, also wird ihm niemand zuhören.

In einem Punkt hatten die französischen Kommentatoren nämlich recht: Einflusszonen sind kein System von Normen des Völkerrechts. Aus dem Studium erinnere ich mich an die spöttischen Fragen der Studenten an die Dozenten, ob dieser Rechtsbereich überhaupt ernst zu nehmen sei. Präsident Donald Trump gibt gewissermaßen die Antwort: „Völkerrecht ist etwas für Schwache.“ Und er hat in gewisser Weise recht. Tatsächlich ist die Etablierung von Regeln und ihre minimale Achtung für Länder wie Polen oder Dänemark von Bedeutung. Imperien können jederzeit mit der Faust auf den Tisch hauen. Eine Atombombe abwerfen. Ihre Zurückhaltung, aus welchen Motiven auch immer, erlaubt uns, auf der Weltkarte zu bestehen. Gegner der Europäischen Union scheinen nicht zu realisieren, dass wir kurz nach ihrem Verschwinden im „Naturzustand“ oder in einer „Grauzone“ landen würden. Dort patrouillieren bereits geopolitische Raubtiere, denen das Blut aus den Eckzähnen tropft. Ähnliches gilt für einen möglichen Zerfall der NATO.

Der Tod der NATO?

Unterdessen sagte Präsident Donald Trump mit einem Lächeln, dass als Nächstes unter anderem Grönland ins Visier genommen werde. Kann Dänemark die NATO bitten, sich gegen die USA zu verteidigen? Diese Frage kursiert unter Experten wohl seit 2019, als erstmals ein amerikanischer Politiker mit der Idee flirtete, die von einem Eisschild bedeckte Insel zu übernehmen. Anfangs löste die Frage eher Heiterkeit aus. Doch seit einem Jahr kehrt der US-Präsident beharrlich zu dem Thema zurück. Mittlerweile kann man eher sagen, dass die Amerikaner Nuuk und den Rest Grönlands blitzschnell einnehmen würden. Und... Europa nichts tun würde. Oder gespalten wäre, wie im Fall der gewaltsamen Entführung Madurós. Einige hielten sich bedeckt, andere murmelten etwas vom Recht, während die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni offen die US-Operationen in Venezuela unterstützte. Grundsätzlich zeichnet sich am Horizont das Gespenst ab, dass Trump die Ukraine aufgeben könnte. Ein Abzug der geheimdienstlichen und logistischen Hilfe könnte zu einem schnellen Sieg Russlands führen. Die Moskauer Truppen, angespornt durch einen möglichen Erfolg, würden fragen, welches das nächste Ziel auf dem Alten Kontinent sei. Währenddessen würde Europa von einer gewaltigen Welle an Migration überflutet. Die Frage der Einflusszonen würde über den Köpfen der Polen schweben, über all unserem Erreichten seit 1989. In einer solchen Gefährdungslage, angesichts des heute sichtbaren gegenseitigen Misstrauens zwischen den europäischen Staaten, würde dies nur die Prozesse der Desintegration beschleunigen.

In diesem Moment ist sichtbar, dass Präsident Donald Trump die EU angreift und die NATO marginalisiert. Wird „America First“ dazu führen, dass diese Organisationen eingefroren werden oder zerfallen? Wir wissen es nicht, aber in der Vergangenheit haben wir schon ganz andere Dinge erlebt. Nicht wenige von uns erinnern sich noch daran, wie der RGW oder der Warschauer Pakt zerfielen. Genau deshalb sollten wir zulassen, dass der Gedanke aufkommt, dass wir, während wir die Ereignisse im geografisch weit entfernten Venezuela beobachten, auch das Sägen an dem Ast sehen, auf dem wir sitzen. Vielleicht wird Präsident Donald Trump jetzt stärker auf Präsident Putin setzen. Oder vielleicht ist es genau umgekehrt, nur die Fortsetzung der Zersplitterung der Alten Welt in Stücke, aus denen die Stärksten sich nehmen, was sie wollen.

Zsfg.: AV

Der Grund für die Spannungen hinter Nawrockis Kulissen ist ein enger Berater von Trump



Quelle: [Mikołaj Bujak/KPRP](#)

Von **Dominika Wielowieyska**

Karol Nawrockis Mitarbeiter tun sich schwer, eine einheitliche außenpolitische Strategie festzulegen, da die wichtigsten Beamten in der Kanzlei des Präsidenten mit der Frage beschäftigt sind, wer das Weiße Haus kontaktieren soll.

Zwischen dem Präsidentenpalast und der Regierung knistert es ständig, sowohl in der internationalen als auch in der Innenpolitik. Während in der Innenpolitik die beiden rivalisierenden Lager deutlich erkennbar sind, wirkt sich dies in der Diplomatie nachteilig aus. Und obwohl der Konflikt – wenig überraschend – immer weiter schwelen wird, ist es unerlässlich, alles zu tun, um sicherzustellen, dass Polen in zentralen Sicherheitsfragen eine einheitliche Position vertritt. Dies gilt insbesondere, da glücklicherweise beide Machtzentren dieselbe Ansicht zur russischen Aggression und zum Krieg in der Ukraine teilen.

Für Freitag ist ein Treffen zwischen Präsident Karol Nawrocki und Premierminister Donald Tusk angesetzt. Die beiden werden über die Strategie sprechen und sich auf die außenpolitischen Prioritäten für die kommenden Monate einigen. Das ist gut. Politisch gesehen wird sich dadurch aber nicht viel ändern; die Spannungen werden nicht verschwinden.

Eine Einigung zwischen dem „großen“ und dem „kleinen“ Palast, also der Regierung, ist oft auch aufgrund der Unruhen in Nawrockis eigenem Umfeld unmöglich. Und da die Fraktionen um den Präsidenten

untereinander zerstritten sind, fällt es dem Präsidialamt schwer, eine einheitliche Strategie für die Kontakte zur Regierung zu entwickeln.

Wer bekämpft wen? Die Spannungen zwischen Marcin Przydacz, dem für auswärtige Angelegenheiten zuständigen Minister im Präsidentenpalast, und Sławomir Cenckiewicz, dem Leiter des Nationalen Sicherheitsbüros des Präsidenten, sind deutlich spürbar.

Ein Teil des Problems liegt in den Beziehungen zu Washington. Die Mitarbeiter des Präsidenten konkurrieren um Kontakte zu Marco Rubio, der nicht nur Außenminister, sondern auch nationaler Sicherheitsberater von Präsident Donald Trump ist. Letztere Position, so höre ich von der PiS, sei die wichtigste, da das Büro dieses Beraters dem Präsidenten nahestehende und erheblichen Einfluss auf Entscheidungen im Weißen Haus ausübe.

Es stellt sich also die Frage: Ist Rubios Gegenpart Przydacz oder Cenckiewicz? Beide streben diese Position an. Doch beide waren einhellig verärgert darüber, dass auch der stellvertretende Außenminister Robert Kupiecki den Posten des nationalen Sicherheitsberaters – allerdings direkt vom Premierminister – erhielt. Ein passender Titel für Rubios Position. Die PiS wertete dies als Versuch der Regierung, die Kontakte zu einer wichtigen Persönlichkeit im Weißen Haus zu kapern. Tatsächlich pflegt aber auch der stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister Radosław Sikorski selbst gute Beziehungen zu Rubio.

Die gegenseitige Feindschaft zwischen Przydacz und Cenckiewicz wurde bereits vielfach thematisiert. Der jüngste Streitpunkt betraf die Reise von Vertretern des Nationalen Sicherheitsbüros (BBN) nach Washington, D.C., im Dezember. Die Generäle Andrzej Kowalski und Adam Rzekowski, beide Offiziere der PiS und ehemals mit Antoni Macierewicz verbunden, wurden vom stellvertretenden Stabschef des Präsidenten, Nikodem Rachoń, begleitet, dem Bruder des TV-Republika-Mitarbeiters und PiS-Medienstars Michał Rachoń.

Es entstand eine peinliche Situation, weil Kowalski, Rzekowski und Rachoń dem Militärattaché, General Krzysztof Nalbert, befahlen, im Auto zu sitzen, und ihm nicht erlaubten, an der Sitzung teilzunehmen.

Przydacz war außer sich, denn während Nalbert in der Botschaft mit dem Missionschef Bogdan Klich zusammenarbeitet – was einem Todeskuss gleichkommt (Klich, Verteidigungsminister der Koalition aus Bürgerplattform und Polnischer Volkspartei, wurde von der PiS nach der Katastrophe von Smolensk als Schuldiger für staatliche Fahrlässigkeit in der Luftfahrt dargestellt) ist Nalbert seit der PiS-Ära in Washington tätig. Er gilt zudem als jemand aus dem engsten Kreis des ehemaligen Präsidenten Andrzej Duda. Przydacz traf sich mit ihm und arbeitete mit ihm an der Pflege der Beziehungen zum Pentagon.

Offenbar wurde diese Situation von Rachoń verursacht, doch vieles deutet darauf hin, dass es sich um eine weitere Episode in der Rivalität zwischen dem außenpolitischen Minister des Präsidenten und Cenckiewicz handelt.

[...]

Meine Gesprächspartner argumentieren jedoch, dass der Präsident Cenckiewicz mit Sicherheit nicht entlassen werde, da ihr Verhältnis sehr eng sei. Auch Mitarbeiter der PiS-Zentrale in der Nowogrodzka-Straße bezweifeln, dass der Artikel in der „Gazeta Wyborcza“ Nawrockis Entscheidung beeinflusst haben könnte.

Zbigniew Bogucki, Szefernaker, Rachoń, Przydacz. Der Präsidentenpalast voller Konflikte

Dennoch toben im Präsidentenpalast Konflikte. Nicht nur zwischen dem Nationalen Sicherheitsbüro (BBN) und Przydacz, sondern auch zwischen ihnen und dem Großteil der Präsidialkanzlei unter der Leitung von Zbigniew Bogucki. Zudem brodelt es zwischen Rachoń und Paweł Szefernaker, dem Chef des Kabinetts, dessen Popularität durch den erfolgreichen Wahlkampf eines Außenseiters gestiegen ist – denn beide streben eine Schlüsselrolle im Umfeld des Staatsoberhauptes an.

Cenckiewicz' Gegner weisen darauf hin, dass das Nationale Sicherheitsbüro (BBN) den Präsidentenpalast hinsichtlich der von der Regierung versprochenen Kampfflugzeuge in die Irre geführt hat. Der empörte Nawrocki erklärte, er wisse nichts von der Lieferung von MiG-29 in die Ukraine. Gleichzeitig nahm der BBN-Vertreter, General Mirosław Bryś, an einem Treffen mit Vertretern des Verteidigungsministeriums teil, bei dem die Angelegenheit erörtert wurde. Der sonst eher zurückhaltende Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz, der gute Beziehungen zum Präsidentenpalast pflegt, hielt sich dieses Mal nicht zurück und kritisierte die Desinformation scharf im Radiosender TOK FM.

Meine anderen Gesprächspartner machen sich über Przydacz lustig, der vor den Feiertagen gegenüber TOK FM behauptet hatte, es habe Telefongespräche zwischen Karol Nawrocki und Donald Trump gegeben. „Er fantasiert, es gab damals keine Gespräche, und ich weiß nicht, warum er das behauptet hat“, erfahre ich von der Regierung.

Das Telefonat fand erst am zweiten Weihnachtsfeiertag, dem 26. Dezember, statt, und zwei Tage später nahm der Präsident an einer Telefonkonferenz mit Trump, Wolodymyr Selenskyj und europäischen Staats- und Regierungschefs teil.

„In Wirklichkeit ist Nawrocki zwar effektiv darin, Tusk von Treffen mit Trump fernzuhalten, aber gänzlich ineffektiv, wenn es um Angelegenheiten im Einklang mit polnischen Interessen geht“, so höre ich.

Marcin Bosacki und Maciej Wewiór vom Außenministerium beklagen den Streit um die Nawrocki-Trump-Noten

Zum Jahreswechsel sahen wir uns ein Spektakel an mit dem Titel „Wer hat wem keine Notizen von internationalen Treffen geschickt?“.

Die Außenpolitik obliegt der Regierung, und der Präsident soll mit ihr zusammenarbeiten und Polen international vertreten. Daher sollten beide Seiten Protokolle solcher Treffen führen und einander über deren Fortschritte informieren. Dies geschieht jedoch nicht.

Das Außenministerium warf dem Präsidentenpalast vor, keine Protokolle über Nawrockis Gespräche mit Trump und die Telefonkonferenz zur Ukraine herausgegeben zu haben. Sprecher Maciej Wewiór erklärte öffentlich, das Ministerium habe seit Monaten keine entsprechenden Dokumente erhalten, was die außenpolitische Koordination behindere. Vizeminister Marcin Bosacki beklagte Verzögerungen oder fehlende Protokolle zu wichtigen Ereignissen. Minister Przydacz entgegnete, die Regierung – also das Büro des Ministerpräsidenten und das Außenministerium – versende keine Protokolle von Ministerpräsident Tusks internationalen Treffen.

Werden die Guerillakriege sich verschärfen? Möglicherweise wird das Treffen zwischen Tusk und Nawrocki am Freitag den Streit beilegen. Vielleicht lassen auch die Spannungen in anderen Bereichen nach. Ich habe gehört, dass der Präsident Cenckiewicz dazu motiviert hat, die Seiten zu wechseln.

Kürzlich trat der Chef des Nationalen Sicherheitsbüros (BBN), ein langjähriger Kritiker der Regierung Tusk, als Vermittler auf. In einem Interview mit Michał Rachoń auf Republika verkündete er, einen Kompromissvorschlag für ein Treffen zwischen dem Präsidenten und den Chefs der Geheimdienste verfasst zu haben.

Im November entbrannte ein Streit darüber, als Zbigniew Bogucki, der Leiter des Präsidialamtes, alle Oberbefehlshaber der Streitkräfte zu einer Besprechung in den Präsidentenpalast einlud. Diese Einladung blieb unbeantwortet, da die Oberbefehlshaber dem Premierminister und nicht dem Präsidenten unterstehen und das Staatsoberhaupt keine Befugnis hat, solche Besprechungen zu organisieren. Daraufhin blockierte Nawrocki die Beförderung junger Offiziere zum Oberoffizier. Cenckiewicz galt weithin als Drahtzieher, distanzierte sich jedoch auf Plattform X etwas von diesen Entscheidungen. Nun hat er angekündigt, selbst einen Kompromissvorschlag unterbreitet zu haben.

„Ich kann dies zum ersten Mal enthüllen. In einem Gespräch mit einem der Minister, Verteidigungsminister Zaleski, schlug ich – nach Rücksprache mit dem Präsidenten – als Kompromiss ein Treffenmodell vor, bei dem die Oberbefehlshaber der Teilstreitkräfte in Begleitung des jeweiligen Koordinierungsministers oder

des für diese Dienste zuständigen Ministers erscheinen würden. Im Falle der militärischen Dienste, des Militärischen Spionageabwehrdienstes und des Militärischen Nachrichtendienstes, wäre dies Vizepremierminister Kosiniak-Kamysz“, sagte Cenckiewicz vor zwei Tagen im Fernsehsender von Tomasz Sakiewicz .

Niemand in der Regierung hatte gewusst, dass es Cenckiewicz' Initiative war. „Kosiniak-Kamysz sprach lediglich mit Nawrocki darüber und anschließend mit dem Premierminister und Tomasz Siemoniak, dem Verantwortlichen für die Geheimdienste. Das Treffen wird stattfinden, und wir werden sehen, was dabei herauskommt“, sagte mir ein Kabinettsmitglied. Ein anderes fügte hinzu, er habe gehört, Cenckiewicz habe sich für die Aktion mit General Nolbert entschuldigt.

Der Präsident trotz Kaczyński. Wird Radosław Sikorski eine Einigung bezüglich der Botschafter erzielen?

Der Mangel an Botschafternominierungen bleibt ein gravierendes Problem. Minister Przydacz kündigte am Mittwochmorgen im Fernsehsender TVN24 an, dass im Januar ein Treffen zu diesem Thema stattfinden werde, bekräftigte aber, dass die fehlende Einigung dem Außenministerium anzulasten sei, welches die Rolle des Präsidenten in diesem Prozess ignoriere. Er forderte erneut eine Erklärung vom Ministerium Radosław Sikorski für die Abberufung von 50 Botschaftern. Er erwähnte jedoch nicht, dass die PiS bei ihrem Machtantritt 2015 ebenfalls einen Massenaustausch von Botschaftern durchgeführt hatte.

Vizepremierminister und Außenminister Radosław Sikorski sagte in einem Interview mit der „Gazeta Wyborcza“, er habe dem Büro des Premierministers verschiedene Kompromissvorschläge bezüglich der Besetzung der diplomatischen Vertretungen zukommen lassen, diese seien jedoch unbeantwortet geblieben.

Meine Gespräche innerhalb der PiS deuten darauf hin, dass der „große Palast“ gerade wegen interner Konflikte im Präsidialamt nicht in der Lage ist, ein kohärentes Konzept für Gespräche mit dem Außenministerium zu entwickeln. Przydacz wäre zu Kompromissen bereit, doch andere Politiker im Umfeld von Nawrocki befürchten, dass die Erstellung der Botschafterliste als Erfolg für Sikorski gewertet werden könnte. Und aus dem PiS-Lager kommen Signale, dass eine Einigung mit ihm – einem ehemaligen Rechten, der die Mentalität dieses Milieus in- und auswendig kennt, einem der einflussreichsten polnischen Politiker weltweit und einem möglichen zukünftigen Präsidentschaftskandidaten – sinnlos ist. Sollte Nawrocki also zu einer Einigung bereit sein und Botschafter ernennen, würde dies gegen den Willen Jarosław Kaczyńskis selbst geschehen.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,32509335,wielowieyska-przyczyna-tarc-na-zapleczu-nawrockiego-jest-bliski.html#s=S.TD-K.C-B.1-L.2.duzy>

„Wenn er begraben wurde, wo dann?“ Das Außenministerium und die Familie eines Polen, der in einem russischen Gefängnis ums Leben kam, verlangen Aufklärung



Quelle: [Archiwum Prywatne](#)

Von **Wiktoria Bieliaszyn**

Die polnische Diplomatie hat sich in den Fall Krzysztof Galos eingeschaltet, der von Russen getötet wurde.

Nach den Berichten der „Gazeta Wyborcza“ bat die Familie von Krzysztof Galos die polnischen Behörden, alle möglichen diplomatischen und konsularischen Maßnahmen zu ergreifen, um die Identität des Polen zu bestätigen, der im Juni 2023 in Taganrog starb.

Die Familie Galos wandte sich in dieser Angelegenheit mit Schreiben an das Außenministerium, das Innenministerium, den polnischen Präsidenten, die Polizei, den ukrainischen Botschafter in Polen und den russischen Botschafter in Polen. Außerdem richteten sie eine Anfrage an die Grenzpolizei mit der Bitte um offizielle Informationen zum genauen Datum und zur Uhrzeit des Grenzübertritts von Krzysztof Galos.

Das Außenministerium hat eine diplomatische Note nach Moskau geschickt

Bislang gingen lediglich Antworten vom Außenministerium und dem Grenzschutz ein. Aus dem Schreiben des Ministeriums geht hervor, dass Diplomaten nach unseren ersten Veröffentlichungen zu diesem Thema

intervenierten. „Die polnische Botschaft in Moskau hat dem Außenministerium der Russischen Föderation eine diplomatische Note zukommen lassen, in der sie um Informationen über die mögliche Festnahme und den Tod von Herrn Krzysztof Galos bittet. Derzeit wartet die polnische Seite auf eine Antwort der russischen Seite“, erklärt das Ministerium.

Die Grenzpolizei verweigerte ihrerseits die Auskunft und erklärte, das Datum des Grenzübertritts sei eine vertrauliche Information, selbst für die Familie. „Solche Informationen können nur von staatlichen Behörden, einschließlich der Polizei, eingeholt werden“, hieß es. Dennoch gelang es „Gazeta Wyborcza“ inoffiziell herauszufinden, dass Krzysztof Galos am 14. April 2023 die Grenze zur Ukraine überquert hatte. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass es sich bei dem Krakauer, der im späten Frühjahr in einem russischen Gefängnis in Taganrog landete, um den Galos handelte.

Die Familie von Krzysztof Galos fordert Antworten von Moskau

Mithilfe eines unabhängigen russischen Anwalts, der aus Sicherheitsgründen anonym bleiben wollte, nahm Paweł Galos, der Sohn des vermissten Polens, Kontakt zum russischen Außenministerium, zum Generalmajor des Dienstes für Innere Angelegenheiten Andrei Polyakov, der als Leiter der Hauptverwaltung des Föderalen Strafvollzugsdienstes Russlands im Gebiet Rostow fungiert, und zum Staatsanwalt Vladislav Prihodchenko von der Militärstaatsanwaltschaft des Südlichen Militärbezirks auf.

In dem von seinem Anwalt verfassten Schreiben beschreibt Paweł Galos den Verlauf der Reise seines Vaters in die Ukraine und zitiert dabei die Erkenntnisse der „Gazeta Wyborcza“ und des Memorials.

Wie wir bereits in früheren Artikeln beschrieben haben, deuten die Informationen darauf hin, dass ein polnischer Staatsbürger im April 2023 in die Ukraine reiste, um sich zu vergewissern, ob dort tatsächlich ein Krieg stattfand. Nach dem Grenzübertritt reiste er in die Oblast Saporischschja, wo er – laut den Sicherheitsbehörden – zuletzt in der Nähe des Wasserkraftwerks Saporischschja von Überwachungskameras gefilmt wurde.

Anschließend wurde der Mann laut einer Quelle von Memorial in Russland an einem russischen Kontrollposten festgenommen und infolgedessen in ein Untersuchungsgefängnis in Taganrog eingeliefert, wo zu dieser Zeit ukrainische Kriegsgefangene festgehalten wurden.

Sowohl der Informant von Memorial, der sich derzeit in einem russischen Gefängnis befindet, als auch ein ehemaliger ukrainischer Kriegsgefangener, der von „Wyborcza“ interviewt wurde, bestätigten, dass ein polnischer Staatsbürger namens Krzysztof in Taganrog inhaftiert und gefoltert wurde, was dazu führte, dass er im Juni 2023 starb.

„Aufgrund der Bestimmungen des Bundesgesetzes >>Über das Verfahren zur Prüfung von Anträgen<< vom 2. Mai 2006, Nr. 59-FZ, bitte ich die zuständigen Behörden um Beantwortung folgender Fragen: Haben Sie Informationen über das Schicksal von Krzysztof Galos? Lebt er noch? Wenn ja, wie ist sein Gesundheitszustand? Wo und in welchem Status wird er festgehalten? Wenn er verstorben ist, wann und unter welchen Umständen? Ist es möglich, seinen Leichnam zu erhalten? Wenn er beerdigt wurde, wo?“, fragt Paweł Galos russische Beamte und Vertreter der Behörden.

„Wir möchten endlich die Umstände seines Todes aufklären und beantragen außerdem die Freigabe seiner Leiche“, erklärt Paweł Galos gegenüber der „Gazeta Wyborcza“.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75399,32497548,jezeli-zostal-pochowany-to-gdzie-msz-i-rodzina-polaka.html#s=S.index-K.C-B.1-L.25.duzy>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: Dawid Żuchowicz / Agencja Wyborcza

„Es ist noch zu früh für allzu positive Ankündigungen. Aber wir sind auf dem richtigen Weg. (...) Wir haben einen vielversprechenden Moment erreicht, in dem wir in der Ukraine-Frage mit Europa und den USA geeint sind.“

Donald Tusk nach dem Pariser Gipfel am 6. Januar

Quelle: <https://oko.press/na-zywo/na-zywo-relacja/wojna-w-ukrainie-polska-jednym-z-czterech-krajow-wiodacych-w-procesie-pokojowym>

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

freitag.de

Westlicher Vorposten im Osten: Polen bereitet sich auf den Ernstfall vor

<https://www.freitag.de/autoren/the-guardian/polen-schild-und-schwert-des-westlichen-vorpostens-im-osten>

libmod.de

Diskussion: Was unsere Traumata über uns als Nationen verraten

<https://libmod.de/diskussion-was-unsere-traumata-ueber-uns-als-nationen-verraten/>

de.euronews.com

Wadephul berät mit Frankreich und Polen über Reaktion bei US-Angriff auf Grönland

<https://de.euronews.com/2026/01/07/wadephul-frankreich-polen-trump-groenland-weimarer-dreieck>

euronews.com

Wintereinbruch in Polen hat Zugverkehr lahmgelegt

<https://de.euronews.com/2026/01/06/wintereinbruch-polen>

ndr.de

30 Jahre Euroregion Pomerania: Zwischen Erfolg und Herausforderungen

<https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/30-jahre-euroregion-pomerania-zwischen-erfolg-und-herausforderungen,mvimfokuspomerania-100.html>

tagesspiegel.de

Nach Drohungen aus Washington: Frankreich, Polen und Deutschland starten Planungen für den Fall einer US-Übernahme von Grönland

<https://www.tagesspiegel.de/internationales/nach-drohungen-aus-washington-frankreich-polen-und-deutschland-starten-planungen-fur-us-ubernahme-von-gronland-15110742.html>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus